



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

11. hét

2019.03.11.

ZUSAMMENFASSUNG

- Ungarische Innenpolitik – Der Parteitag der Jobbik vor einer Woche beweist, dass sich diese Partei in einer politischen Bankrottlage befindet: Die Entscheidung des Parteivorstands, doppelte Parteimitgliedschaften zuzulassen, reflektiert die hohe Zahl der bisherigen Austritte, ohne den eigentlichen Grund für die Weggänge aufzulösen. Mit dem Parteiaustritt von Enikő Hegedűs hat sich unter der Führung von Tamás Sneider praktisch die komplette frühere Parteispitze verabschiedet.
- Wirtschaftspolitik – Sowohl Ministerpräsident Viktor Orbán als auch das Finanzministerium und die Ungarische Nationalbank haben die wichtigsten wirtschaftspolitischen Schritte der nächsten Jahre umrissen, die nicht nur ein nachhaltiges, sondern ein weiterhin dynamisches Wirtschaftswachstum ermöglichen. Die Programme konvergieren zueinander, während die früher formulierten Zielstellungen unverändert geblieben sind. In sämtlichen vorgestellten Konzeptionen gelten die sinkenden Staatsschulden anteilig zum wachsenden Bruttoinlandsprodukt, die Aufrechterhaltung der Finanzstrenge und der Export des ungarischen Kapitals als betonte Elemente einer zunehmenden Wettbewerbsfähigkeit.
- Außenpolitik, Außenwirtschaft – Knapp drei Monate vor dem Termin der Wahlen zum Europaparlament sind noch immer nicht alle Landeslisten der chancenreichen Parteien bekannt. Die Europaliste der Jobbik wurde noch nicht veröffentlicht, während sich im Hintergrund der Erstellung einer gemeinsamen Liste von MSZP und Párbeszéd existenzielle Kämpfe abspielen. Ausgehend von der aktuellen Prognose des Nézőpont-Instituts werden Fidesz-KDNP bei den Wahlen im Mai am stärksten abschneiden: die Regierungsparteien könnten bis zu 14 Mandate erringen.
- Nachrichten, die Beachtung verdienen – Die wichtigsten Elemente der Migrationspolitik der ungarischen Regierung fanden bei dem nicht vollständigen, aber doch historisch bedeutsamen Gipfeltreffen der Europäischen Union mit der Arabischen Liga Bekräftigung. Die verabschiedete Abschlusserklärung reflektiert zwar den UN-Migrationspakt, betrachtet diesen aber in keinem einzigen Fall als Ausgangspunkt.

DIE KOMPLETTE OPPOSITION STELLT SICH IN EGER HINTER EINEN JOBBIK-POLITIKER

Der gegenwärtige Sprecher der Jobbik, Ádám Mirkóczki, wird in Eger als gemeinsamer Kandidat der Opposition antreten. Nach dem Vorbild des Modells von Hódmezővásárhely werden auch dieses Mal keine Parteilogos auf dem Stimmzettel zu finden sein, denn offiziell wird Mirkóczki in den Farben des Vereins „In Einheit für die Stadt“ antreten.

Infolgedessen wird Eger die erste Komitatshauptstadt sein, in der sich der Zusammenschluss der Opposition auch auf der institutionellen Ebene zuträgt: Mirkóczki wird nämlich ebenso durch die DK, die Sozialisten, die LMP und die Momentum-Bewegung unterstützt. Im Jahre 2014 hatte sich der Parteisprecher bereits einmal als eigenständiger Kandidat der Jobbik um die Wählergunst beworben; damals erhielt er 2.300 Stimmen weniger, als der seither im Amt befindliche Kandidat der Regierungsparteien, László Habis, der mit 7.059 Stimmen gewinnen konnte. Den Erfolg des oppositionellen Zusammenschlusses erschweren in Eger gleich zwei Faktoren:

1. Die Sympathiewerte für László Habis liegen weiterhin sehr hoch; seine Anhängerschar hat in den vergangenen fünf Jahren nicht abgenommen;
2. der Schulterschluss von DK bis Jobbik birgt die Gefahr in sich, Wähler abzustoßen.

Für letztere Aussage dürften jene Daten des Nézőpont-Instituts aussagekräftig sein, die sich auf eine früher überlegte Aufstellung gemeinsamer Listen für die Europawahlen beziehen: Demnach würde die Opposition ein Drittel der Jobbik-Anhänger und ein Viertel der Wähler des linken Lagers verlieren, sollte sie auf gemeinsamen Listen antreten. Diese Bereitschaft zum Nichtwählen der Oppositionskoalitionen ist auch auf örtlicher Ebene gegeben. Im Jahre 2014 konnte László Habis in einem mehrpoligen Wettstreit mit 38 Prozent der Stimmen gewinnen; im Herbst 2019 ist es ganz und gar nicht gesagt, dass seine Stimmenanteile im Ergebnis des Zusammenschlusses auf der anderen Seite nicht zunehmen können. Die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios wird durch den Gedankengang gestärkt, dass sich der Zusammenschluss der Opposition zwar machttechnisch interpretieren lässt, dieser in zahlreichen Punkten jedoch mit schwerwiegenden strategischen und ideologischen Kritikpunkten belegt werden kann: Erstens verliert die Linke infolge ihrer Annäherung an die Jobbik das früher gegebene Fundament eines entschiedenen Auftretens gegen den Antisemitismus, und zweitens könnte die Opposition bei einem Scheitern der Zusammenarbeit einen weiteren Nagel in ihren Sarg einschlagen. Dabei steht zu erwarten, dass die Opposition bis zu den Kommunalwahlen im Oktober auf Landesebene weitere Übereinkünfte zustande bringen wird. Den

neuesten Meldungen zufolge will die Opposition ein ähnliches Modell mit dem Aufbieten von Botond Szalma in Újpest ausprobieren.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

FINANZMINISTERIUM UND NATIONALBANK STEHEN FÜR WACHSTUM

Im Zusammenhang mit dem Auftakt zum Wirtschaftsjahr der Ungarischen Industrie- und Handelskammer stellten sowohl das Finanzministerium unter Leitung von Mihály Varga als auch die durch György Matolcsy geführte Ungarische Nationalbank ihre wirtschaftspolitischen Konzepte für die Zukunft vor. Dabei sind die Ziele der für die fiskalische und die monetäre Politik verantwortlichen Führungspersonen identisch, die sich nur in einzelnen Punkten abweichender Techniken bedienen würden.

Ausgehend von den jetzt vorgestellten Programmen darf mit einer Fortsetzung der nach 2010 begonnenen Politik der Steuersenkungen gerechnet werden. Bekanntlich sinkt die Sozialabgabensteuer mit Wirkung vom 1. Juli 2019 um weitere 2 Prozentpunkte, wobei später auch die Senkung der Einkommensteuer in den einstelligen Bereich auf die Tagesordnung rücken könnte. Die systematische Zurückdrängung der Schattenwirtschaft mit der Folge steigender Einnahmen des Fiskus hat den Boden für die Steuersenkungen bereitet. Die Senkung der die Arbeitgeber belastenden Steuern ist eine wichtige Frage: Die Streiks der jüngsten Wochen – bei Audi in Győr und im Hankook-Werk – warnen die Entscheidungsträger, dass lohnpolitische Spannungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern vorliegen, denen sich mittels Steuersenkungen und in deren Ergebnis steigender Realeinkommen beikommen lässt.

In diesem Jahr hat die Ungarische Nationalbank (MNB) im Vergleich zu ihren vorjährigen 180 Punkten den einzelnen Vorschlägen konkrete Techniken zugeordnet. Das diesjährige Programm des Finanzministeriums erinnert eher an das MNB-Programm vom vorigen Jahr, d. h. schwergewichtig werden die aktuelle Lage beschrieben und allgemeinere Zielstellungen formuliert, die sich ausgehend von den bislang erzielten Ergebnissen erreichen lassen. Während die MNB ein umfassendes Programm der Wettbewerbsfähigkeit anstrebt, denkt das Finanzressort in wirtschaftlichen Kategorien und erwähnt beispielsweise auch die demographische Entwicklung als Herausforderung für den Arbeitsmarkt. Die 330 Punkte der MNB sind ehrgeiziger, die Vorschläge des Ministeriums

widerspiegeln die realitätsbezogene Denkweise im Stile von Mihály Varga. Der fachliche Stab von György Matolcsy schlägt ein neues Finanzmodell sowie die Konzentration der Staatsschulden in heimischer Hand vor, aber auch eine Erwerbslosenquote von weniger als 6 Prozent auf Komitatsenebene, die im Zeichen der regionalen Integration erreicht werden müsste, eine Anhebung der F+E-Ausgaben auf 2 Prozent am BIP, sowie eine Reduzierung der Energieimporte unter 50 Prozent. Das Finanzministerium hat – indem es sich auf die eigenen Aufgaben und Befugnisse beschränkte – die Wahrung des Gleichgewichts im Staatshaushalt sowie die Ausschöpfung der Beschäftigungsreserven als Ziele formuliert.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

NACH DEM 20. MÄRZ IST EINE ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE MITGLIEDSCHAFT DES FIDESZ IN DER EVP ZU ERWARTEN

Von den 79 Mitgliedsparteien der Europäischen Volkspartei haben lediglich 13, von ihren insgesamt 217 Abgeordneten gerade einmal 37 den Ausschluss des Fidesz beantragt. Bei der EVP handelt es sich nicht um einen homogenen politischen Block; sie wird zu jeweils ungefähr einem Drittel durch Liberale (Einwanderungsfreunde), Christlich-Konservative und „schwankende“ Zentristen charakterisiert. Der Fidesz verfolgt das Ziel, zu bleiben, während Manfred Weber sowohl innerhalb der EVP als auch des Europaparlaments laviert, damit er nach dem 26. Mai die Position als Kommissionspräsident einnehmen kann.

Manfred Weber formulierte vergangene Woche ein aus drei Punkten bestehendes Ultimatum an den Fidesz, an deren Einhaltung er den Verbleib der ungarischen Partei in der EVP festmachte. Nachdem alle drei Punkte längst erfüllt sind (die CEU setzt ihre Tätigkeit in Budapest fort, die Regierung stellt ihre Plakatkampagne um, um Entschuldigung wiederum kann man jemanden, den man nicht beleidigt hat, auch nicht bitten), stellt sich die Frage, was die wahren Ursachen im Hintergrund der Meinungsverschiedenheiten sind? Manfred Weber geht mit guten Chancen in den Wettstreit, der nach dem 26. Mai 2019 um den Sitz des Präsidenten der Europäischen Kommission entfacht wird. Die EVP könnte – in ihrer jetzigen Form – im Großen und Ganzen 180 Abgeordnete entsenden und damit weiterhin die größte Fraktion im Europaparlament mit seinen 705 Abgeordnetenplätzen stellen, wobei sie eine Mehrheit nur zum Preis einer Zusammenarbeit mit den Plattformen der

Sozialdemokraten und der Liberalen erreichen kann. Weil über die Person der Spitzenkandidaten im Europaparlament abgestimmt wird, war das Ultimatum von Manfred Weber als Geste gegenüber den linksgerichteten Parteienfamilien im Europaparlament zu verstehen.

Der EVP-Vorstand wird die Angelegenheit erstmals am 20. März auf die Tagesordnung nehmen. In diesem politischen Gremium – mit rund 260 Delegierten – stellen jene Parteien, die Viktor Orbán und den Fidesz ausschließen wollen, nur 18,5 Prozent. Das Thema auf der Tagesordnung zu halten liegt im Interesse der Europäischen Sozialdemokraten, denn es stärkt ihre Position, ein Bild von der EVP zu vermitteln, wonach diese Parteienfamilie an Stelle der Aufbauarbeit auf den Zerfall zusteuert. Der Fidesz könnte laut Prognosen 14 der 21 ungarischen Mandate gewinnen, wobei seine Delegation einschließlich der ungarischen Abgeordneten aus dem Ausland im nächsten Europaparlament 18 Abgeordnete umfassen könnte. Aus diesem Grunde liegt ein Ausschluss weder im Interesse Manfred Webers noch der EVP – dieses Interesse verfolgt lediglich eine schmale, in der Minderheit befindliche Schicht, die eine politische Einheit mit den einwanderungsfreundlichen Kräften des linken Lagers sucht. Ministerpräsident Viktor Orbán hat wiederholt bekräftigt, sein Ziel laute, den Fidesz in der EVP zu halten und die Parteienfamilie zu reformieren, indem diese zu den Traditionen von Helmut Kohl zurückkehren soll.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

MIT DEM JULI 2019 BEGINNEN DIE MASSNAHMEN ZUM SCHUTZ DER FAMILIEN

Von den sieben angekündigten Maßnahmen werden vier den vorläufigen Plänen der Regierung gemäß bereits im Juli auf den Weg gebracht: In der ersten Etappe treten die Zuwendungen für künftige Babys, die Ausweitung des Wohnungsbauförderprogramms CSOK, die Regelung zum Erlass von Kreditschulden sowie die Förderung des Pkw-Kaufs durch Großfamilien in Kraft. Die ungarische Regierung wird die einschlägigen Modifizierungen von Gesetzen und Verordnungen noch in dieser Woche dem Parlament vorlegen. Ab dem 1. Januar 2020 wird die Befreiung von Müttern mit vier Kindern von der Einkommensteuer eingeführt (Steuergesetze können nicht im Jahresverlauf geändert werden), während das Kindererziehungsgeld für Großeltern und die Aufstockung der Kinderkrippenplätze für einen längeren Zeitraum gelten und Bestandteile bereits in die Wege geleiteter Prozesse sind. Laut Meinungsumfrage des Nézőpont-Instituts haben nahezu 7 Millionen

Ungarn von dem zuvor durch den Ministerpräsidenten verkündeten Aktionsplan zum Schutz der Familien gehört und 3 Millionen aktiv darüber gesprochen. Die Unterstützung für die Familienpolitik der Regierung ist weiterhin überwältigend (79 Prozent) und liegt selbst im Kreis von Sympathisanten der Oppositionsparteien oberhalb von 50 Prozent. Für 85 Prozent der Befragten ist es wichtig, dass man in seiner eigenen Wohnung leben kann. Noch mehr junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren (87 Prozent) hielten den Besitz einer eigenen Wohnung für wichtig, während derzeit nur 35 Prozent von ihnen über eine eigene Immobilie verfügen. Es ist zweifelsohne die Zielstellung der Ausweitung des CSOK und die Einführung eines CSOK-Programms für den ländlichen Raum, den jungen Paaren, die an der Schwelle zur Familiengründung stehen, Möglichkeiten für den Erwerb einer eigenen Immobilie einzuräumen. In diesem Zusammenhang kann gesagt werden, dass die Regierung die Bedürfnisse der ungarischen Gesellschaft gut erkannt hat. Dass es sich um eine parteiübergreifende Angelegenheit handelt, belegen jene Umfrageergebnisse, wonach selbst noch 67 Prozent der Jobbik-Anhänger, jeweils 60 Prozent der Sympathisanten von MSZP und DK, beziehungsweise 61 Prozent der LMP-Anhänger der Aussage zustimmten, die Regierung habe richtig entschieden, als sie die Familien in den Mittelpunkt der staatlichen Förderpolitik rückte. Unter den Sympathisanten von Fidesz-KDNP erreicht dieser Anteil 97 Prozent.

IN BUDAPEST IST DER WAHLKAMPF ZUR OBERBÜRGERMEISTERWAHL VOLL IM GANGE

Der Oberbürgermeister von Budapest, István Tarlós, bittet die ungarische Regierung um die Vorbereitung einer Gesetzesänderung mit dem Ziel, die Lärmbelastung durch den internationalen Flughafen „Franz Liszt“ zu reduzieren, indem die Flugkorridore – angepasst an westliche Standards – in den Nachtstunden geschlossen werden. Der Verhandlungsprozess mit dem Management der den Flughafen der Hauptstadt bewirtschaftenden Budapest Airport und von HungaroControl kommt gut voran, zumal die Regierung für die geplanten Änderungen offen ist und der Budapester Rat für öffentliche Entwicklungsmaßnahmen bereits Detaillösungen diskutiert. Die Vorlage ist vor allem für die Bewohner des Stadtbezirks Zugló von Bürgermeister Gergely Karácsony von Bedeutung, nachdem sich einer der besonders hoch frequentierten Flugkorridore genau über dem 14. Stadtbezirk befindet. Im Zusammenhang mit der Vorwahl des linken Lagers in Budapest sind widersprüchliche Meldungen zu hören, wann und wie die zweite Runde der Vorwahl abgehalten werden soll. In den letzten Wochen konnte István Tarlós somit eindeutig die Tagesordnung in Budapest beherrschen, der Maßnahmen ankündigte, welche die Wahlbürger unmittelbar berühren und beschäftigen.

PROGNOSE

- **Ministerpräsident Viktor Orbán wird am 15. März, aus Anlass des 171. Jahrestages der Revolution und des Freiheitskampfes von 1848, im Garten des Nationalmuseums, an historischer Stätte, eine Rede halten. Neben Erinnerung und Gedenken dürften auch aktuellpolitische Themen zur Sprache kommen.**

Der ungarische Regierungschef wird seine Rede gemäß der in den vorigen Jahren bewährten Choreographie halten, wobei er das Wort ähnlich wie 2018 im Vorfeld der Parlamentswahlen auch dieses Mal wieder inmitten des Wahlkampfes ergreift. Ein Schwerpunkt der Rede des Vorjahres war die Interpretation der aktuellen politischen Lage in Europa aus dem ungarischen Blickwinkel, wozu Orbán sagte: „Europa und mittendrin wir Ungarn sind an einem Wendepunkt der Weltgeschichte angelangt. Noch nie haben sich die nationalen und die globalistischen Kräfte so offen aneinander gerieben. Auf der einen Seite stehen die Millionen mit nationalen Gefühlen, auf der anderen die Elite der Weltbürger.“ Die diesjährige Rede dürfte neben der Mobilisierung für die anstehenden Wahlen zum Europaparlament und der neuerlichen Darlegung, um welchen Einsatz es bei dieser Wahl geht, jenen Standpunkt der ungarischen Regierung bekräftigen, mit dem sie die Migration ablehnt und die Unterstützung für die Familien in den Vordergrund rückt. An den Feierlichkeiten wird auch der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilnehmen.